

# Wir sind Sachsen-Anhalt! - Mein Bildungsland Sachsen-Anhalt

In großer Sorge um die Zukunft unseres Landes nimmt der DGB die neuerlichen Pläne der Landesregierung für drastische Kürzungen der Bildungsausgaben zur Kenntnis. Wir setzen unseren entschiedenen Widerstand besonders dem unverantwortlichen Personalabbau im Bildungsbereich entgegen, der unserem Land dauerhaften Schaden zufügen wird.

## **Schulische Bildung – Grundlage für individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung**

Im Schulsystem des Landes wurden über einen Zeitraum von 15 Jahren der demographisch bedingte Einbruch der Schülerzahlen und die daraus resultierende Anpassung des Lehrkräftebestandes mit großen Anstrengungen bewältigt. Trotz enormer Belastungen konnte die Leistungsfähigkeit der Schulen dabei im nationalen und internationalen Vergleich in weiten Teilen gesichert werden. Im Vergleich der deutschen Bundesländer nimmt Sachsen-Anhalt mit überdurchschnittlichen Leistungen regelmäßig vordere Plätze ein.

Dies alles wird mit den Personalplanungen der Landesregierung nunmehr in Frage gestellt. Die zur Begründung angeführten Behauptungen, Sachsen-Anhalt verfüge im bundesweiten Vergleich über eine weit überdurchschnittliche Personalausstattung und über das kleinteiligste Schulnetz, sind in weiten Teilen unzutreffend.

Die geplante Reduzierung des derzeitigen Personalbestandes bis 2019 um ca. ein Viertel kann das Schulsystem nicht ohne massive Einschnitte in die Quantität und Qualität der schulischen Angebote verkraften. Dies wird die optimale Erschließung der individuellen Entwicklungspotenziale der Kinder und Jugendlichen erheblich einschränken und damit die entscheidende Grundlage für die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes in hohem Maße gefährden. Außerdem bleibt dadurch auch weiterhin Tausenden junger Lehrerinnen und Lehrer, die hier im Land bestens ausgebildet wurden und die die Schülerinnen und Schüler mehr denn je brauchen, der Weg in die Schulen Sachsen-Anhalts verschlossen. Die Arbeits- und Leistungsfähigkeit des sachsen-anhaltischen Schulsystems muss durch eine konsequente Neuausrichtung der Personalplanung am tatsächlichen Bedarf auf dem heutigen Niveau gesichert und weiter verbessert werden.

## **Wissenschaft und Forschung – Motor für Innovation, demographischen Wandel und wirtschaftlichen Aufstieg!**

Einsparungen von weit mehr als 50 Mio. € bis 2025 im Hochschuletat würden der positiven Entwicklung der Hochschulen und der außeruniversitären Forschungslandschaft ein jähes Ende setzen. Die Landesregierung will ausgerechnet in einem Bereich Kürzungen in Größenordnungen durchsetzen, der von ihr selbst als Garant für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes gesehen wird. Es liegt nicht im Landesinteresse, die Zahl der Studierenden nahezu zu halbie-

ren. Sachsen-Anhalt stellt sich damit deutlich gegen den Bundestrend und verspielt zusätzlich die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt, die an die Zahlen der Studienanfänger gekoppelt sind. Das Land muss vielmehr möglichst vielen jungen Menschen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und weiteren, dringend benötigten Fachkräften gute Arbeits- und Lebensperspektiven bieten, um den demographischen Abwärtstrend zu stoppen und umzukehren. Wem die Zukunft unseres Landes etwas wert ist, der investiert in Zukunftsbereiche und in die junge Generation. Wir wollen, dass Menschen bei uns gut ausgebildet werden, dass sie hier willkommen sind, bei uns leben und arbeiten wollen. Dafür ist eine attraktive und innovative Hochschul- und Forschungslandschaft ein entscheidender Motor.

### **Hochschulmedizin – Für eine optimale Patientenversorgung**

Eine ausreichende ärztliche Versorgung der Bevölkerung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die das Land sicherstellen muss. Unsere Universitätsklinika leisten als Maximalversorger dafür einen entscheidenden Beitrag. Gemeinsam mit den Medizinischen Fakultäten und den Kooperationspartnern aus anderen Wissenschaften bilden sie an beiden Universitäten den Rahmen für eine innovative medizinische Forschung.

Das derzeitige Krankenhausfinanzierungssystem benachteiligt die Universitätsklinika. Es ist mehr denn je auf Betriebsergebnis und Gewinn ausgerichtet. – nicht auf die Patientinnen und Patienten. Fehlende Zuwendung von Ärztinnen, Ärzten und Pflegepersonal führen zu erheblichen Risiken für die Patienten und zu massiven körperlichen und seelischen Belastungen für die Beschäftigten. Unsere Landesregierung will die Bedingungen offensichtlich noch weiter verschlechtern, weil sie sich dem Diktat eines Finanzhaushalts beugt. Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen, dass Privatisierung der Klinika keine Lösung ist. Wir wollen eine optimale Patientenversorgung erhalten und weiter ausbauen. Es muss Schluss sein mit der verantwortungslosen Politik nach Kassenlage.

Jährlich werden 400 Ärztinnen und Ärzte in Halle und Magdeburg ausgebildet. Diese Ärztinnen und Ärzte werden in den kommenden Jahren zur Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im Land mit seiner zunehmend älteren Bevölkerung gebraucht. Dementsprechend muss Sachsen-Anhalt die Ausbildung fortsetzen und alle Anstrengungen unternehmen, diese hochqualifizierten Fachkräfte im Land zu halten. Dieser verfassungsrechtliche Auftrag wäre nicht mehr auch nur annähernd zu erfüllen, wenn das Land die Zahl der Medizinstudenten halbiert. Deshalb brauchen wir die beiden Universitätsklinika in Halle und Magdeburg, ebenso wie ein attraktives „Bildungsland“ Sachsen-Anhalt mit Kinderbetreuung, Kunst, Kultur und Sport.

### **Grundforderungen des DGB Sachsen-Anhalt sind:**

**Kürzungen im gesamten Bildungsbereich lehnen wir strikt ab.**

**Wir brauchen eine angemessene und ausreichende Finanzierung von Kita, Schule, Forschung und Lehre wie Kunst, Kultur und Sport.**

**Sachsen-Anhalt ist ein attraktiver Universitäts- und Hochschulstandort mit wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Anerkennung weltweit. Dies muss so bleiben, um Fachkräfte hier auszubilden und zu halten.**

**Zur Behebung der strukturellen Unterfinanzierung braucht es eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation – durch eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, von hohen Einkommen und großen Vermögen.**